

Krisenmanagement als Wertfrage

Friedrich Gabel

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):

Krisen & Prävention

Ausgewählte Beiträge des 28. Deutschen Präventionstages

Forum Verlag Godesberg GmbH 2024

978.3.96410.049.8 (Printausgabe)

978.3.96410.050.4 (eBook)

Krisenmanagement als Wertfrage



Friedrich Gabel

8.1 Einleitung

Ist die Rede von einer Verbesserung der Krisenprävention und Krisenbewältigung, wird dabei meist an eine Weiterentwicklung von Technologien und Strukturen gedacht. Dämme werden höher und stabiler gebaut, Vorhersage- und Frühwarnsysteme verfeinert und Einsatzkräfte umfangreicher für neue Lagen ausgestattet. Wenngleich technische Lösungen einen immensen Beitrag zu einem besseren gesellschaftlichen Umgang mit Krisen leisten, wird mitunter übersehen, dass im Zuge einer Weiterentwicklung von Krisenprävention und -bewältigung immer auch die Frage betrachtet werden sollte, ob die existierenden Ansprüche und Vorstellungen eines „guten“ Krisenmanagements noch angemessen sind. „Angemessenheit“ als wertbezogener Begriff verweist dabei darauf, dass sowohl die zu adressierenden Probleme als auch die zu ihrer Bewältigung bereitgestellten Maßnahmen nicht im luftleeren Raum stehen, sondern durch gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt und in gesellschaftlicher Aushandlung ausgestaltet werden. Im Zentrum dieser Aushandlung steht die Frage: *Wie viel sollten wir als Gesellschaft bereit sein, in Krisenmanagement und Krisenprävention zu investieren?* Die dieser Aushandlung zugrundeliegenden Wert- und Normalitätsvorstellungen beeinflussen, was als Ziel von Krisenmanagement bestimmt wird, was als Gefahr gilt, wer oder was als schützenswert bestimmt und wer für eine Umsetzung in der Verantwortung gesehen wird. Die Wert- und Normalitätsvorstellungen setzen den Rahmen, wie Individuen, Organisationen oder Gesellschaften (in Krisen) handeln und welche Möglichkeiten der technischen Weiterentwicklung wahrgenommen werden.

In diesem Beitrag soll anhand der aufgeworfenen Fragen aktuelles Krisenmanagement auf seine Angemessenheit hin untersucht werden und davon ausgehend Ansatzpunkte für eine Verbesserung, insbesondere hinsichtlich der Krisenprävention in Deutschland, abgeleitet werden. Im Fokus des Beitrags steht dabei die These, dass im Zuge einer Weiterentwicklung von Krisenmanagement neben technischen Fragen immer auch die zugrundeliegenden Werte- und Normalitätsvorstellungen kritisch hinterfragt werden sollten. Denn nicht jede technische Weiterentwicklung stellt automatisch eine Verbesserung dar. Verbesserungen bemessen sich vielmehr daran, mit welchen Maßnahmen wir unseren gesellschaftlichen Zielen näherkommen.



Friedrich Gabel

ist Ethiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen

Krisenmanagement als Wertfrage

Das Ziel des Beitrags liegt dabei nicht in der pauschalen Beantwortung der genannten Fragen – zu verschiedenen sind die konkreten Handlungskontexte –, sondern im Aufzeigen und Diskutieren vorhandener Wert- und Normalitätsvorstellungen im aktuellen Krisenmanagement. Die darauf aufbauende explizite Beantwortung der Fragen, so das Argument dieses Beitrags, muss zugleich regelmäßiger und expliziter als bisher im demokratischen Diskurs auf gesellschaftlicher Ebene stattfinden.

Der Beitrag gliedert sich in sechs Abschnitte. Nach einer Hinführung über das zugrunde gelegte Verständnis von Wert- und Normalitätsvorstellungen sowie Krisen werden exemplarisch vier Fragen genauer in den Blick genommen: (1) Was ist das Ziel von Krisenmanagement? (2) Was wird als Gefahr beschrieben und warum? (3) Wer oder was ist (besonders) schützenswert? (4) Wer trägt Verantwortung für Krisenmanagement? Der Beitrag schließt mit einer Zusammenführung der Überlegungen in Hinblick auf die Frage: Wie viel sind wir als Gesellschaft bereit, in Krisenmanagement und Krisenprävention zu investieren?

8.2 Die Bedeutung von Wert- und Normalitätsvorstellungen für Krisen

Bevor im Folgenden wert- und normalitätsbezogene Fragen im Umgang mit Krisen genauer betrachtet werden, soll zunächst kurz dargelegt werden, was im Rahmen dieses Beitrags gemeint ist, wenn von Wertvorstellungen, Normalitätsvorstellungen sowie von Krisen und Krisenmanagement gesprochen wird.

Werte begegnen uns im Alltag ständig. Besonders sichtbar sind dabei materielle Werte, zum Beispiel Geldwerte. Auf der verkaufenden Seite formuliert der materielle Wert eine Zielvorstellung, einen Preis, der erreicht werden soll. Dieser gibt Orientierung, eine Wertvorstellung, wie etwa ein Verkaufsgespräch laufen sollte. Mit ideellen Werten verhält es sich grundsätzlich ähnlich. Ideelle Werte geben Orientierung für individuelles, organisationales oder gesellschaftliches Handeln; durch Werte benennen wir, was wir für erstrebenswert halten. Auch sie formulieren eine Zielvorstellung und erlauben Rückschlüsse, welche Handlung richtig ist oder weisen (zumindest grob) in eine Richtung. Beispiele für ideelle Werte sind etwa Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit oder Effizienz. Wie diese Beispiele nahelegen, kann sich was als Wert verstanden wird, nicht nur je nach befragter Person, Organisation oder Gesellschaft unterscheiden. Auch lässt sich über die Bedeutung und Stellung einzelner Werte diskutieren. Die Gesamtheit der Werte einer Person, Organisation oder Gesellschaft sowie damit verbundene Normen, Regeln und Haltungen werden als Moral(-vorstellung) bezeichnet (Wiesing, 2012, S. 23).

Wert- oder Moralvorstellungen sind nicht immer explizit und bewusst. Sichtbar und kritisch hinterfragt werden sie zumeist dann, wenn Unsicherheit darüber besteht, wie richtig zu handeln ist (Bayertz, 2004; Gabel, Mühleck, Krause, Schad & Rekowski, im Erscheinen). In diesem Sinne können Krisen und die mit ihnen einhergehenden Herausforderungen dazu beitragen, eine Diskussion über Wert- und Moralvorstellungen anzuregen. Derartige moralische Unsicherheit über das richtige Handeln hat dabei in der Regel einen von zwei

Krisenmanagement als Wertfrage

Gründen: Entweder geben vorhandene Wert- und Moralvorstellungen keine ausreichende Orientierung, wie in einer Situation richtig zu handeln ist, oder vorhandene Wert- und Moralvorstellungen geraten in Konflikt. Letzteres kann innerhalb von Wertvorstellungen der Fall sein. Beispielsweise, wenn man sich in einer Situation vor der Frage sieht, ob dem Erhalt von Freiheiten oder einer Erhöhung der Sicherheit der Vorrang zu geben ist (Koch, 2014). Wert- oder Moralvorstellungen einer Person, Organisation oder Gesellschaft können aber auch mit denen anderer im Konflikt stehen. In beiden Fällen mag man beispielhaft an die Diskussionen über eine Impfpflicht im Zuge der Pandemie denken (Deutscher Ethikrat, 2021).

Die Reflexion über Moralvorstellungen und die Bearbeitung von moralischen Problemen ist Gegenstand der Ethik. In ihrem Rahmen geht es einerseits darum, methodisch strukturiert die Legitimität von Argumentationen und damit assoziierter Handlungsweisen zu beurteilen. Andererseits widmet sich Ethik der Auseinandersetzung mit Fragen, wie „In welcher Welt wollen wir leben?“ oder „Welches Handeln ist vor dem Hintergrund unserer Wertüberzeugungen akzeptabel?“ (Ammicht Quinn, 2014).

Von Wert- und Moralvorstellungen abzugrenzen und dennoch eng mit diesen verbunden sind Normalitätsvorstellungen. Normalität ist eine Kategorie, um gesellschaftliches miteinander zu ordnen und verweist in seinem Grundverständnis auf das Erwartbare oder Gewöhnliche. Sie definiert sich über die Abgrenzung von einem Nicht-Normalen oder Außergewöhnlichen (Waldschmidt, 2005). Was als „normal“ gilt, ist, ebenso wie Wertvorstellungen, abhängig von den befragten Personen, Organisationen oder Gesellschaften und nicht universell zu benennen. Grundlage des „Normalen“ ist in diesem Sinne immer eine gesellschaftliche Festlegung, innerhalb derer auf Erfahrungen, Messungen und Berechnungen¹ aufgebaut wird. Die eigentliche Bestimmung von Normalität ist aber eine Setzung, eine Interpretation von Daten mit Blick auf Wertvorstellungen. Normalität (Wie ist etwas?) wird dabei in Normativität (Wie sollte etwas sein?) überführt (Waldschmidt, 2005): Von einem *Sein* wird ein *Sollen* abgeleitet. Die Bezugnahme auf „Normalität“ ist damit immer auch ein Machtinstrument und kann positive wie negative Folgen haben (Bigo, 2008).

Derartige *Sein-Sollens-Schlüsse* sind in der Ethik höchst umstritten (Pieper, 2007, S. 193). So wird argumentiert, dass empirische Fakten Wertevorstellungen zwar inspirieren und Argumente liefern können. Ob etwas aber wertvoll und erstrebenswert ist, ist keine empirische, sondern eine ethische Fragestellung. Um zu verdeutlichen, was dies mit dem Thema dieses Sammelbands zu tun hat, ein kurzes Beispiel: Die Tatsache, dass es 10-, 100-, 1000- und 10.000-jährige Hochwasser *gibt*, sagt nichts darüber aus, auf welche dieser Ereignisse sich Personen, Organisationen oder Gesellschaften vorbereiten *sollten*.

1 Die mit „berechnet“ suggerierte Objektivität, ist in mindestens dreifacher Hinsicht mit Vorsicht zu genießen: So ist zu begründen, welches Kriterium warum für eine Zugehörigkeit zur Normalität herangezogen wird, wie verbreitet eine Einstellung oder Position sein muss, um als normal zu gelten und inwieweit die Erhebungsmethoden selbst von Vorannahmen über das zu Messende oder zu Berechnende geprägt sind.

Krisenmanagement als Wertfrage

Letzteres basiert, im besten Falle, auf einer demokratisch geführten Debatte unter Repräsentation aller betroffenen Personen.

Damit lässt sich der Bogen zum Verständnis von Krisen und Krisenmanagement schlagen. Unter Krisen werden im Rahmen dieses Beitrags Situationen akuter Bedrohung für Werte und Lebensbedingungen von Personen, Organisationen oder Gesellschaften verstanden, in denen eine Handlung zur Abwendung einer Katastrophe noch möglich ist (s. z. B. Boin & Hart, 2007, S. 42). Krisen- und Katastrophenmanagement beschreiben somit ähnliche und sich weitgehend überschneidende Bereiche, die aber von einer unterschiedlichen Eskalation von Lagen ausgehen.

Mit Blick auf Normalität ergibt sich damit ein ambivalentes Bild. Einerseits stellen Krisen einen Bruch mit Normalität dar, andererseits lässt sich diskutieren, inwieweit das Auftreten von Krisen selbst Teil von Normalität ist (Gross & Weichselgartner, 2015, S. 14). So ist davon auszugehen, dass zwar spezifische Ereignisse wie etwa Hochwasser oder Dürren durch Technologien und Strategien besser vermieden und die Krisenschwelle verschoben werden kann, Krisen per se lassen sich aber nicht vermeiden.

Bereits in dieser Minimaldefinition finden sich zwei Aspekte, die für die weitere Betrachtung von grundlegender Bedeutung sind: Zum einen, dass das Vorhandensein von Krisen davon abhängt, was als Normalität bestimmt wird und welche Maßnahmen in diesem Sinne ergriffen werden; Krisen sind relativ. Ob ein bestimmter Wasserpegel Normalität ist, hängt vom Kontext und der betrachtenden Instanz ab. Was beim Nil in Ägypten als Normalität gilt, würde in Deutschland aufgrund vorhandener Vorerfahrung und geographischer Gegebenheiten als Extremereignis mit möglicherweise katastrophalem Ausmaß verstanden werden. Zum anderen haben Krisen eine gesellschaftliche Geschichte. Je nachdem, was eine Person, eine Organisation oder eine Gesellschaft als Normalität setzt und abhängig davon, welche Maßnahmen damit einhergehend ergriffen werden, kann ein stattfindendes Ereignis eine Krise darstellen oder nicht beziehungsweise, kann eine Krise zur Katastrophe werden oder nicht.

Basierend auf diesen Verständnissen sollen im Folgenden verschiedene wert- und normalitätsbezogene Nuancen der Frage „Was und wie viel sind wir als Gesellschaft bereit in Prävention, Vorsorge, Bewältigung zu investieren?“ in den Blick genommen werden.

8.3 Was wird als Ziel von Krisenmanagement bestimmt?

Die Güte jeder Verbesserung von Krisenmanagement hat sich daran zu bemessen, inwieweit sie dem übergeordneten Ziel von Krisenmanagement Rechnung trägt. Was jedoch ist das Ziel von Krisenmanagement? Diese Frage mag auf den ersten Blick irritieren, scheint es doch etabliert, dass es um eine erfolgreiche Prävention von, Vorsorge für, Bewältigung von und Wiederherstellung nach Krisen geht. Schaut man jedoch auf die Entwicklungen und Erkenntnisse der Katastrophenforschung der vergangenen über 50 Jahre und die vielfältige Ausgestaltung von Krisen- und Katastrophenmanagement, wird deutlich, dass es mehr als eine Interpretation gibt, was mit der genannten Beschreibung gemeint wird und welche Ansprüche an gutes Krisenmanagement damit erhoben werden.

Krisenmanagement als Wertfrage

So argumentiert die Soziologin Kathleen Tierney, dass sich mit Blick auf Katastrophen – wobei hier eine Übertragbarkeit auf Krisen naheliegt – in den vergangenen Jahrzehnten eine zunehmende Hinwendung zu einem Verständnis von Katastrophen als ko-konstruiert und ko-produziert feststellen lasse (Tierney, 2019, S. 66). Mit Ko-Konstruktion verweist Tierney auf die Feststellung, dass das, was als Katastrophe gilt, nicht einfach gegeben ist, sondern gesellschaftlich (insbesondere politisch) bestimmt wird (Pohlmann, 2015). Ein und dasselbe Ereignis kann je nach Betrachter:in als Extremereignis, Krise oder Katastrophe beschrieben sein. Ein aktuelles Beispiel lieferte nicht zuletzt die Corona-Pandemie, welche nur in Bayern zur Katastrophe erklärt wurde (Bayerische Staatsregierung, 2020). Es gibt in diesem Sinne nicht einfach die Stärke, die Ausdehnung, den Schaden oder die Opferzahl, welche aus einem Ereignis eine Krise oder Katastrophe macht. Was als Krise oder Katastrophe gilt, ist eine gesellschaftliche, eine politische Entscheidung, mit der Handlungs- und Priorisierungsnotwendigkeiten aufgezeigt werden. Sie hängt sowohl von Vorerfahrungen, damit verbundenen Normalitätsvorstellungen als auch von gesellschaftlichen Wertvorstellungen ab. Zudem wird durch die Rede von Krisen und Katastrophen eine besondere existentielle Bedrohung ausgedrückt, deren Bewältigung nicht-alltägliche Maßnahmen und besondere politische Handlungsspielräume erfordert und damit legitimatorisches Potential für politisches Handeln hat (Wæver, 1995).

Die These einer gesellschaftlichen Ko-Produktion von Krisen und Katastrophen verweist auf eine gesellschaftliche Mitverantwortung für die Entstehung von Krisen und Katastrophen, welche sich in mindestens zweifacher Weise zeigt. Einerseits im Sinne eines Mitverschuldens. Beispielhaft mag man hier auf Unfälle mit Hochrisikotechnologien (etwa Atomkraftwerken) denken oder die Zunahme von Extremereignissen als Folge des menschengemachten Klimawandels (Guyer, 2019). Andererseits lässt sich eine gesellschaftliche Mitverantwortung im Sinne eines unzureichenden gesellschaftlichen Handelns problematisieren. Hier kommt vor allem dem Konzept der Vulnerabilität entscheidende Bedeutung zu. Vulnerabilität bedeutet, vereinfacht gesagt, die Verletzlichkeit einer Entität gegenüber einer Gefahr (Wisner, Blaikie, Cannon & Davis, 2004). Mit Blick auf Krisenmanagement verkörpert das Konzept der Vulnerabilität die Überzeugung, dass Krisen und Katastrophen nicht notwendig aus bestimmten (Natur-)Ereignissen folgen, sondern das Resultat eines Zusammenspiels von sich manifestierenden Gefahren mit mehr oder weniger verletzlichen gesellschaftlichen Strukturen sind (Birkmann, 2008, S. 6; Gabel, 2019; Wisner, Blaikie, Cannon & Davis, 2004, S. 10). Diese Argumentation hat zwei zentrale Implikationen: Zum einen, dass Krisen und Katastrophen nicht „einfach“ aus Ereignissen folgen, sondern dass es davon abhängt, welche Person, Organisation oder Gesellschaft sich einem Ereignis gegenüber sieht. Je nach deren (fehlenden) Kapazitäten, welche sich aus dem Zusammenspiel vorhandener Eigenschaften sowie der Art und dem Grad der Präventions- und Vorsorgemaßnahmen ergeben, können Krisen und Katastrophen (nicht) effektiv vermieden werden. Im Bewusstsein dieser Argumentation hat sich mit dem Sendai-Framework der Vereinten Nationen auch international die Zielvorstellung weg von einer Verhinderung von Katastrophen, hin zu einer Verringerung des Risikos für die Entstehung von Katastrophen verschoben (UN-ISDR, 2015).

Krisenmanagement als Wertfrage

Zum anderen wirft die mit Vulnerabilität verbundene Argumentation eines Beeinflussen-Könnens die Frage nach einem Beeinflussen-Sollen oder gar -Müssen auf. Sie stellt sich als Frage danach, wann und wo Krisenmanagement eigentlich beginnen sollte. So wird insbesondere in der Katastrophenforschung seit Jahrzehnten argumentiert, dass Krisen und Katastrophen bereits im Alltag existierende Benachteiligungen und Verletzlichkeiten weiter verstärken und damit die Notwendigkeit, Krisen und Katastrophen vom Alltagshandeln aus zu denken, betont (Dombrowsky & Brauner, 1996). Personen, Organisationen oder gar Gesellschaften, die bereits im Alltag mit existentiellen Problemen zu kämpfen haben, werden Krisen und Katastrophen sehr wahrscheinlich schlechter vorbeugen können, sie werden weniger vorsorgen können und damit bei der Bewältigung massive Probleme haben. Eine Engführung von Sozialpolitik und Krisenmanagement steht aber sowohl mit Blick auf konkrete Aufgaben als auch hinsichtlich der Verantwortung verschiedener Akteur:innen bisher weitgehend aus (Gabel, 2019).

Eine dritte Nuance für die Diskussion über das Ziel von Krisenmanagement ergibt sich mit Blick auf das Konzept der Resilienz. Mangels einer eindeutigen Definition wird Resilienz in diesem Rahmen als die Fähigkeit einer Entität (z. B. Menschen, Tiere, Organisationen, Gesellschaften) verstanden, Krisen und Katastrophen zu überstehen, ohne daran zugrunde zu gehen. Anders als der mit Sicherheitshandeln fokussierte Schutz vor und in Extremereignissen, Krisen und Katastrophen, zielt Resilienz auf die Ausbildung von Kapazitäten zum Umgang mit diesem (Krüger, 2019a). Resilienz verkörpert sozusagen die Ansicht, dass nicht jedes Bedrohungsereignis vermieden werden kann. Es sollte daher als Ergänzung zu „klassischem“ Sicherheitshandeln verstanden werden (Krüger, 2019b, S. 59).²

Die Beantwortung all dieser Fragen sollte schließlich auch die kritische Hinterfragung gesellschaftlicher Krisen- und Katastrophennarrative umfassen (Horn, 2010). Genannt werden kann hier beispielsweise die Ansicht, dass in Krisen und Katastrophen nicht jeder gerettet werden könne. Wenngleich derartige Aussagen retrospektiv stimmen mögen, also einem *ist* entsprechen, ist es problematisch, sie (un)bewusst zu einem *soll* zu verkehren und Opfer vorschnell „in Kauf zu nehmen“.

8.4 Was wird warum als Gefahr beschrieben?

Eng verbunden mit der Frage und Diskussion des Ziels von Krisenmanagement ist jene danach, welche Gefahren im Sinne von Krisenmanagement zu bedenken, verhindern oder zu bewältigen sind. Sie lässt in mindestens zweifacher Hinsicht stellen: Was wird als Gefahr beschrieben? Was bedeutet eine Gefahr für wen?

Im Sinne der ersten Frage lässt sich in Anknüpfung an die These der Ko-Konstruktion von Krisen und Katastrophen argumentieren, dass Extremereignisse, Krisen und Katastrophen

² Diesem Verständnis folgend, lässt sich Resilienz nicht einfach als Gegenseite von Vulnerabilität verstehen. In Kombination mit einer Lesart von Vulnerabilität als multidimensional, kann eine Entität in einer Hinsicht vulnerabel sein, gleichzeitig aber durch andere Kapazitäten resilient sein und ein Zugrundegehen an einem Ereignis verhindern. Ein solches Verständnis wirkt der Tendenz entgegen, Fähigkeiten aufgrund vorhandener Verletzlichkeiten unsichtbar zu machen.

Krisenmanagement als Wertfrage

Deutungsmuster sind, die zwischen Gesellschaften und innerhalb von Gesellschaften verschieden sein können. Ob und in welcher Weise ein Ereignis oder eine Entität als Gefahr verstanden wird, ist eine politische Setzung, die auch anders sein könnte und keineswegs zwingend mit einer realen Bedrohungslage einhergehen muss. Beispielsweise sei auf das Thema Migration verwiesen. Hier finden sich einerseits in den letzten Jahren erneut zunehmend Argumentationen, die Migration als eine Gefahr beschreiben, welche nicht nur mit Sicherheitsmaßnahmen zu verhindern, sondern auch durch Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes zu bewältigen ist (Baumann, Lorenz & Rosenow, 2011). Andererseits drohen die Unsicherheit der Geflüchteten und ihre Gefährdung dabei zunehmend in den Hintergrund zu rücken (McDonald, 2016).

Darüber hinaus drückt jede Rede über zu verhindernde oder zu bewältigende Gefahren eine Prioritätensetzung aus, welche sich je nach vorgefundener Situation als mehr oder weniger angemessen beschreiben lässt. Beispiele sind hier nicht nur die spätestens seit 2012 ausführlich beschriebene Gefahr einer Pandemie durch ein Corona-Virus für die nur unzureichende Gegenmaßnahmen ergriffen wurden (Deutscher Bundestag, 2012; Muckerji & Mannino, 2020). Vor dem Hintergrund der Klimakrise werden darüber hinaus Waldbrände und Dürren zunehmend als auch in Deutschland existierende Gefahren sichtbar (Guyer, 2019), für die im besten Falle zeitnah angemessene Präventions-, Vorsorge- und Bewältigungspläne erarbeitet und mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden.

Mit der Frage, was eine Gefahr für wen bedeutet, lässt sich daran anschließend problematisieren, dass Ereignisse in ihrem Bedrohungscharakter perspektivabhängig sind. Hier sei nochmals das bereits genannte Beispiel des Nils aufgegriffen. Seine periodischen Hochwasser sind zunächst einmal ein empirisch festzustellender Fakt. Gesellschaftlich wird dieser jedoch nicht nur als Gefahr für Leib und Leben verstanden, sondern auch als Notwendigkeit für das Leben in dieser Region. Die Deutung dieses Sachverhalts ist damit abhängig von der jeweiligen Perspektive. Ein Bewusstsein über die Perspektivabhängigkeit von Gefahrendeutungen ist zudem auf gesellschaftlicher Ebene von Bedeutung. Einerseits weil sich Gefahren für unterschiedliche Personengruppen mitunter sehr verschieden manifestieren und mit einem mitunter sehr ungleichen Bedrohungspotential einhergehen. Andererseits weil sich (wahrgenommene) Gefahren je nach Personengruppe unterscheiden können. Auch hier lässt sich auf das Thema Migration verweisen. So wird weltweit immer wieder betont, dass insbesondere Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis in Krisen und Katastrophen besonders gefährdet sind, da sie nur selten von Hilfsmaßnahmen erreicht werden (Anonymus, 2006; Orru, Hansson, Gabel, Tamppuu, Krüger, Savadori, Meyer, Torpan, Jukarainen, Schiefflers, Lovasz & Rhinard, 2022). Grund dafür ist auch ein Misstrauen gegenüber staatlichen Organen, die Angst ausgewiesen zu werden oder gar rassistisch motivierte Gewalt zu erfahren (Tierney, 2019, S. 162). Bisherige Gegenmaßnahmen beschränken sich dabei zumeist darauf, dieses fehlende Vertrauen als Problem zu thematisieren, anstatt anzuerkennen, dass diese vorhandene Gefahr eines Verlusts wahrgenommener Chancen auf ein gutes Leben eine nachvollziehbare Einschätzung darstellt. Damit geht es auch um die Fragen, wer kann sich welches Vertrauen in das System leisten und wer sieht sich der Gefahr gegenüber, vergessen zu werden.

Krisenmanagement als Wertfrage

8.5 Wer oder was ist (besonders) schützenswert?

Mit Blick auf eine Weiterentwicklung von Krisenmanagement lassen sich Wert- und Normalitätsvorstellungen drittens hinsichtlich der Frage betrachten, was im Falle einer Krise oder gar Katastrophe als schützenswert angesehen werden sollte. Diese Frage, die auch im Rahmen der Pandemie einmal mehr an Aufmerksamkeit gewonnen hat, entfaltet ihre Sprengkraft dabei nicht erst in ihrer Beantwortung, sondern bereits in ihrer Formulierung: Wird diskutiert, wer oder was schützenswert ist, oder wer oder was *besonders* schützenswert ist?

Zunächst zur Frage, ob es in Krisen etwas oder jemanden gibt oder geben sollte, das oder der:die nicht schützenswert ist. Vier exemplarische Aspekte ihrer Bearbeitung sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden. Ein erster entfaltet sich entlang der allgemeinen Frage, inwieweit Krisen und Katastrophen Missstände anzeigen, die an ihrer Entstehung wenigstens Mitschuld sind (Fainstein, 2015). Mit Blick auf das Jahr 2022 ließe sich hier etwa die Energiekrise als Beispiel nennen, in deren Rahmen zwischen der Suche nach alternativen Gaslieferanten und dem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien abgewogen wurde (Hummel, 2022).

Ein zweiter Aspekt ergibt sich mit Blick auf die Schutzwürdigkeit kultureller Werte. Neben der Frage, welchen Stellenwert der Schutz kultureller Gegenstände wie historische Artefakte oder Kunstwerke im Vergleich zu Menschenleben oder anderen Wirtschaftsgütern haben sollte, geht es hier aber auch um die Schutzwürdigkeit von Wertüberzeugungen selbst. Der zweite Punkt findet sich etwa im Rahmen der Debatten über den Stellenwert von Datenschutz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Bernau, 2020; linus, 2020). Hier wurde argumentiert, dass ein starker Datenschutz die Nachverfolgung von Infektionsketten erschwere und daher im Zuge der Pandemie-Bewältigung nicht angemessen sei. Wenngleich es wenig einleuchtend erscheint, begründete, bewährte und bekannte Wertvorstellungen des Alltags in Krisen kurzerhand über Bord zu werfen, zeigt dieser Fall, dass es durchaus geboten sein kann, Wert- (aber auch Normal-)vorstellungen und insbesondere ihre Gewichtung in Krisenlagen kritisch auf ihre Angemessenheit hin zu überprüfen (Gabel, Mühleck, Krause, Schad & Rekowski, im Erscheinen; Krause & Wezel, 2022; Mukerji & Mannino, 2020).

Die Frage nach der Schutzwürdigkeit lässt sich im Sinne eines drittens Aspekts prinzipiell aber auch mit Blick auf Personen-(gruppen) stellen: Gibt es Menschen, die nicht schützenswert sind? Diese Frage ist vor dem Hintergrund eines vom Gedanken der Menschenwürde getragenen Rechtsstaates und mit Blick auf den Anspruch der humanitären Prinzipien, Leid unabhängig von individuellen Eigenschaften zu mindern, prinzipiell zu verneinen. Diese Frage verweist aber auf Spannungsfelder, zu denen sich Krisenmanagement verhalten muss. Genannt werden kann hier beispielsweise das Thema der Triage. Mangels ausreichender Kapazitäten muss hier eine Begründung für priorisierte Versorgung grundsätzlich gleich schützenswerter Menschen gefunden werden (Mannino, 2021). Ein anderes Beispiel sind Situationen, in denen Einsatzkräfte mit der Mitschuld von Personen an Krisen konfrontiert sind (Terrorist:innen, Kombattant:innen etc.). So geht die Umsetzung des in der humanitären Hilfe zentralen Grundsatzes einer neutralen, unabhängigen und

Krisenmanagement als Wertfrage

unparteilichen Hilfe einzig nach dem Leid der Betroffenen mit umfassenden Anforderungen an professionelles Handeln von Einsatzkräften einher (Gabel, Mühleck, Krause, Schad & Rekowski, im Erscheinen). Wie schwer diese mitunter einzuhalten sind, zeigt nicht zuletzt das Handeln von Hilfsorganisationen im Kontext des Kriegs in der Ukraine (Kahlweit & Pfaff, 2022).

Ein letzter auf Wert- und Normalitätsvorstellungen bezogener Aspekt, der hier mit Blick auf Schutzwürdigkeit angesprochen werden soll, ist die (Nicht-)Schutzwürdigkeit anderer Entitäten. Aufgrund einer zunehmenden Ausweitung unseres moralischen Bezugsrahmens auch auf Tiere, Pflanzen und die Umwelt, sieht sich auch Krisenmanagement vor der Frage, ob und inwieweit auch die Existenzbedingungen von Tieren, Pflanzen oder generell der Umwelt – um ihrer selbst willen, und nicht „nur“ als Wirtschaftsfaktor – stärker mitgedacht werden sollten (Gabel, Mühleck, Krause, Schad & Rekowski, im Erscheinen).

Neben der Diskussion über eine grundsätzliche Schutzwürdigkeit stellt sich die Frage nach einer Priorisierung aber auch innerhalb der zu berücksichtigenden Gruppe(n): Wer ist in Krisen *besonders* schützenswert? In Anlehnung an das jeweils zugrundeliegende Verständnis von „Werthaftigkeit“ und des Referenzobjekts (schützenswert wieso und in welchem Sinne?) lassen sich auch hier exemplarisch zwei verschiedene Aspekte unterscheiden: Besonders schützenswert aufgrund einer besonderen Schutzbedürftigkeit oder im Sinne einer Systemrelevanz.

Schutzbedürftigkeit verweist auf die jeweilige Vulnerabilität (s. o.). Im Sinne moderner Ansätze von Vulnerabilität ergibt sich diese nicht deterministisch aus bestimmten individuellen Charakteristika, wie dem Alter, Geschlecht, vorhandene Beeinträchtigungen oder der sozioökonomischen Situation, sondern resultiert aus dem komplexen und intersektionalen Zusammenspiel dieser Merkmale und der jeweiligen gesellschaftlichen Situation (Kuran, Morsut, Kruke, Krüger, Segnestam, Orru, Nævestad, Airola, Keränen, Gabel, Hansson & Torpan, 2020; Wisner, Blaikie, Cannon & Davis, 2004). So beeinflussen einerseits gesellschaftliche Strukturen, ob und inwieweit Beeinträchtigungen zu Behinderungen werden und mit der Einschränkung gesellschaftlicher Teilhabe einhergehen. Andererseits ergibt sich Vulnerabilität situativ, d. h. in der akuten Interaktion von Merkmalen mit einer spezifischen Situation bzw. Gefahrenlage. Vulnerabilität sollte in diesem Sinne – anders als es die Rede von „vulnerablen Gruppen“ nahelegt – nicht als statisch und unveränderlich verstanden werden (Gabel, 2019; Kailes, 2015). Die Relevanz dieser Überlegungen für die Angemessenheit des Krisenmanagements zeigt sich etwa in einem Befund der Vereinten Nationen (UN, 2020, S. 15). Diesem zufolge waren in der Corona-Pandemie alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder, Frauen sowie Migrant:innen und Geflüchtete besonders vulnerabel. Greift man nun die zuvor vorgestellte Argumentation wieder auf, dass Vulnerabilität zu hohem Maße durch gesellschaftliches Handeln und gesellschaftliche Strukturen entsteht, so stellt sich die Frage, ob diese womöglich in unangemessener Weise für nicht migrantische weiße Männer ohne Behinderung oder chronische Erkrankungen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren ausgelegt sind. Dies bedeutet, dass eine Weiterentwicklung von Krisenmanagement auch das ihr zugrundeliegende Menschenbild kritisch hinterfragen sollte (Gabel, Krüger, Morsut & Kuran, 2022).

Krisenmanagement als Wertfrage

Systemrelevant sind demgegenüber essentielle Funktionen zum Erhalt eines Systems, zum Beispiel einer Gesellschaft (Villa, 2020). Als systemrelevant können Menschen oder (kritische) Infrastrukturen beschrieben werden. Letzteres umfasst nach aktuellem Stand zehn Bereiche: Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Medien und Kultur, Siedlungsabfallentsorgung, Staat und Verwaltung, Transport und Verkehr sowie Wasser (BBK & BSI, 2021), ersteres die in diesen Strukturen arbeitenden Menschen. Die Frage nach der Angemessenheit und vorhandenen Wertvorstellungen stellt sich hier beispielsweise für den bisher nicht genannten Sektor „Bildung“. So werden negative Folgen für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende als Folge der pandemiebedingten Schließungen von Bildungseinrichtungen, formell (schulisch und universitär) wie informell (etwa Jugendarbeit), zunehmend sichtbar und problematisiert (Deutscher Ethikrat, 2022; Karutz, 2022).

8.6 Wer trägt Verantwortung für Krisenmanagement?

Im Kontext eines Strebens nach Weiterentwicklung von Krisenmanagement sollten vier- bis sechszehnten Wert- und Normalitätsvorstellungen kritisch in den Blick genommen werden. Ganz allgemein lässt sich dabei zunächst festhalten, dass im Zuge der beschriebenen Auseinandersetzung mit Konzepten wie Vulnerabilität oder Resilienz gesellschaftlichem Handeln in den letzten Jahrzehnten eine zunehmend stärkere Verantwortung zugeschrieben wird (Krüger & Gabel, 2022): Einerseits im Sinne der Ko-Produktion von Krisen und Katastrophen durch die Ausgestaltung gesellschaftlicher Strukturen. Andererseits im Sinne ihrer damit verbundenen grundsätzlichen Handlungsmacht für die Vermeidung und Vorbeugung von Krisen und Katastrophen. Beide legen nahe, dass ein modernes Krisenmanagement deutlich proaktiver agieren kann und sollte.

Konkreter lässt sich dies in zwei Fragen spezifizieren, zum einen, welche Akteur:innen im Kontext von Krisenmanagement mitgedacht werden sollten, zum anderen, in welcher Art und Weise dies geschieht. Mit Blick auf die Akteur:innen stellt sich beispielsweise gerade in Deutschland, einem Land dessen Krisenmanagement – zumindest im Sinne des Bevölkerungsschutzes – zum größten Teil auf ehrenamtlichem Engagement fußt, zunehmend die Frage, ob diese Strukturen für einen zukunftsfähiges Krisenmanagement auch in größeren, langanhaltenderen und miteinander verschränkten Lagen noch ausreichen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf ein sich wandelndes, diversifizierendes, aber in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich auch personell schrumpfendes ehrenamtliches Engagement (Markert, 2021). In diesem Kontext geraten Selbsthilfekapazitäten der Bevölkerung zunehmend in den Blick.

Geht es darum, wie Akteur:innen mitgedacht werden, so steht hier die kritische Betrachtung von Menschenbildern und Stereotypen im Zentrum. Auch dies lässt sich beispielhaft für die Bevölkerung betrachten. Sie wird im aktuellen Krisenmanagement nämlich zumeist als homogene, passive, schlecht vorbereitete und mit Blick auf die Lagebewältigung mitunter sogar als störende Akteurin relevant gemacht (Geenen, 2010; Schulze, Lorenz & Wenzel, 2015). Dies lässt sich in verschiedener Hinsicht problematisieren:

Krisenmanagement als Wertfrage

Erstens ist die Wahrnehmung von Bevölkerungsgruppen als passiv auf der einen und störend auf der anderen Seite ambivalent. Hierin spiegelt sich ein zentrales Spannungsfeld aktuellen Krisenmanagementhandels wider. So existiert zunehmend die Forderung einer aktiveren Bevölkerung und ihrer Eigenständigkeit mit Blick auf die Bewältigung von Krisen (Sticher & Ohder, 2013). Demgegenüber wird eigenständiges bürgerschaftliches Wirken noch immer in hohem Maße als Störung – etwa durch Aufbau von Parallelstrukturen der Spontanhilfe – des klar hierarchisierten und organisierten Bevölkerungsschutzes gesehen (Krüger & Albris, 2021). Ein Grund dafür liegt nicht zuletzt in bisher fehlenden Strukturen zur Zusammenarbeit.

Zweitens ist die Rede von „der Bevölkerung“ im Zuge einer Weiterentwicklung kritisch zu hinterfragen. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Bewusstseins für die Diversität von Bevölkerungsgruppen und der in ihnen zusammengefassten Menschen erscheint es geradezu widersprüchlich, von der Bevölkerung als scheinbar „homogener Entität“ zu sprechen. Konkret zeigt sich dies zum Beispiel in den unterschiedlichen Kapazitäten, die Menschen aufgrund ihrer diversen Lebenssituationen haben. Diese Lebenssituationen werden ihrerseits durch gesellschaftliches Handeln mitgeschaffen. Die Rede von „der Bevölkerung“ ist aber auch deshalb irritierend, weil sie eine Trennung von Krisenmanagement und Bevölkerung nahelegt. Dabei sind auch die im Krisenmanagement tätigen Menschen Teil der Bevölkerung. In diesem Sinne finden sie sich in diversen Lebenssituationen wieder, sind konfligierenden Verantwortungen ausgesetzt (Wer kümmert sich um Kinder und zu pflegende Angehörige, damit Einsatzkräfte in den Einsatz gehen können?) oder erleben Wertkonflikte zwischen ihren Überzeugungen und Einsatzmandaten.

Drittens verdeckt die Rede von einer schlecht vorbereiteten und passiven Bevölkerung sowohl Unterschiede als auch die Gründe, die unterschiedlichen Kapazitäten zugrunde liegen. So gehen die zuvor genannten Forderungen von Vorsorge oder einer Steigerung von Resilienz je nach Lebenssituation mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen einher. Was normal ist, ist für Menschen aufgrund der eigenen Sozialisation, Berufe und Vorerfahrungen sehr unterschiedlich. Dies zeigt sich nicht nur finanziell oder räumlich, sondern auch im Sinne von Vorwissen oder der Verfügbarkeit von Aufmerksamkeits- und Zeitressourcen. So ist beispielsweise zu fragen, inwieweit etwa die BBK-Checkliste zur Katastrophenvorsorge in angemessener Weise auf diverse Lebenssituationen eingeht und/oder Strukturen bereitstellen sollte, um bei der individuellen Vorsorge zu unterstützen (BBK, 2019; Gabel, 2019). Dies verweist auch auf den ethischen Grundsatz, dass mit Blick auf die Zuschreibung einer Handlungsverantwortung ein Tun-Sollen immer ein Tun-Können voraussetzt. Sind Entitäten nicht dazu in der Lage etwas zu tun, ist es ethisch nicht legitim, diesen dafür eine Verantwortung zuzuschreiben (Rosoff, 2015, S. 6). Im Umkehrschluss ergeben sich daraus die Fragen, ob aktuelle Verantwortungszuschreibungen durch entsprechende Kapazitäten der verantwortlichen Akteur:innen unterfüttert sind oder wenn nicht, ob Schritte ergriffen wurden, um diese Akteur:innen zu befähigen.

Nimmt man alle drei Zuschreibungen zusammen, so stellt sich die Frage, inwieweit diese Beschreibungen noch angemessen sind oder es jemals waren.

Krisenmanagement als Wertfrage

8.7 Aspekte einer kritische(re)n Berücksichtigung von Wert- und Normalitätsvorstellungen in Krisen

Auf den vergangenen Seiten wurde argumentiert, dass eine Weiterentwicklung von Krisenmanagement nicht allein eine Frage besserer Technologien ist, sondern auch eine kritische Prüfung der „Angemessenheit“ von Wert- und Normalitätsvorstellungen erfordert, die dem Krisenmanagement zugrunde liegen. Im Rahmen von vier Fragen wurden dabei anhand verschiedener Beispiele aufgezeigt, wo Wert- und Normalitätsvorstellungen für unseren gesellschaftlichen Umgang mit Krisen und Katastrophen eine Rolle spielen und welchen Herausforderungen sich eine Weiterentwicklung theoretisch wie auch praktisch gegenübersehen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Argumentation zu, dass Krisen und Katastrophen sowohl gesellschaftlich ko-konstruiert als auch in hohem Maße durch gesellschaftliches (Nicht-)Handeln ko-produziert sind. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen werden im Folgenden einige Fragen vorgestellt, die bei der Weiterentwicklung des Krisenmanagements, insbesondere mit Blick auf die Prävention von Krisen und Katastrophen, Beachtung finden sollten.

Was wird als Ziel von Krisenmanagement bestimmt?

- ▶ Auf welcher Grundlage wurden von wem bisherige Ereignisse (nicht) als Krise oder Katastrophe beschrieben?
- ▶ Zielt Krisenmanagement auf die Verhinderung von Ereignissen (z.B. Hochwasser, Blackouts, Gesundheitsnotlagen, Versorgungsengpässe) oder auf die Ausbildung von Kapazitäten zum Umgang mit diesen?
- ▶ Wo haben Prävention und Vorsorge legitime Grenzen und welche Fähigkeiten sind für das (z. B. individuelle) Überstehen einer Krise oder Katastrophe notwendig?
- ▶ Welche Rolle spielt der Abbau bereits im Alltag benachteiligender oder diskriminierender Strukturen im Kontext von Krisenmanagement?
- ▶ Wird im Krisenmanagement versucht, alle zu retten oder diskutiert, wer nicht zu retten ist?

Was wird, warum als Gefahr beschrieben, die zu bedenken, verhindern oder zu bewältigen ist?

- ▶ Mit Blick auf die Planung: Was wird warum (nicht) als potentielle Krise oder Katastrophe beschrieben, politisch thematisiert und damit bearbeitbar gemacht?
- ▶ Inwieweit wird die Angemessenheit einer Verengung gesellschaftlicher Themen auf Sicherheitsprobleme, beispielsweise im Fall von Migration, kritisch hinterfragt?
- ▶ Inwieweit wird davon ausgegangen, dass Gefahrenlagen unterschiedlich wahrgenommen werden?
- ▶ Inwieweit werden die Gründe für Misstrauen als illegitime Störung oder Defizit staatlichen Handelns verstanden?

Krisenmanagement als Wertfrage

Wer oder was wird als (besonders) schützenswert beschrieben?

- ▶ Inwieweit legen spezifische krisenhafte Ereignisse nahe, dass existierende Strukturen nicht (mehr) angemessen, zeitgemäß und schützenswert sind?
- ▶ Inwieweit müssen in Krisen und Katastrophen im Alltag vertretene Wertvorstellungen geschützt und/oder angepasst werden und wie werden Abweichungen begründet?
- ▶ Wie wird einer gleichwertigen Schutzwürdigkeit aller Menschen in Situationen von Ressourcenmangel Rechnung getragen?
- ▶ Inwieweit müssen andere Entitäten, wie etwa Tiere oder Pflanzen in der Krisenbewältigung berücksichtigt werden?
- ▶ Ist das dem aktuellen Krisenmanagement zugrundeliegende Menschenbild der existierenden vielfältigen Gesellschaft angemessen?
- ▶ Welche Sektoren werden (nicht) als kritische Infrastruktur oder systemrelevant bestimmt und warum (nicht)?

Wer trägt Verantwortung für Krisenmanagement?

- ▶ Inwieweit sind aktuelle Verantwortungszuschreibungen für Krisenmanagement bekannt und angemessen? Können Entitäten, was sie sollen?
- ▶ Inwieweit werden in der Ausgestaltung von Verantwortungszuschreibungen unterschiedliche Lebenssituationen, Betroffenheiten und Kapazitäten – zur Vorsorge oder Ausbildung von Resilienz – mitgedacht?
- ▶ Welche Vorstellungen existieren von bestimmten Akteur:innen des Krisenmanagements – beispielsweise der Bevölkerung – und inwieweit sind diese angemessen?
- ▶ Inwieweit wird eigenständiges Handeln von Akteur:innen anerkannt und warum nicht?

All diese Fragen und die mit ihnen verbundenen Aspekte, wie etwa ein Mehr an kritischer Reflexion, ein Mehr an Berücksichtigung gesellschaftlicher Diversität oder ein Mehr an zu berücksichtigenden Entitäten, verweisen letztlich auf ein Mehr an Ressourcen, die für die Weiterentwicklung von Krisenmanagement benötigt werden. Vor dem Hintergrund der Extremereignisse, Krisen und militärischer Konflikte, die insbesondere Deutschland betreffen, stellt sich damit einmal mehr die Frage „*Wie viel sollten wir als Gesellschaft bereit sein, in Krisenmanagement und Krisenprävention zu investieren?*“. Bisher wird sie entweder eher implizit gestellt und diskutiert oder aber auf einzelne Maßnahmen bezogen, ohne breitere strategische Ziele zu formulieren. Möglicherweise sind die letzten Jahre jedoch ein Anlass, sie stärker als bisher als gesellschaftspolitische Frage zu stellen und sie explizit und unter Einbindung der Bevölkerung zu diskutieren und damit eine Grundlage für die Weiterentwicklung von Krisenmanagement und insbesondere Krisenprävention zu schaffen. Die im Juli 2022 erschienene „Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ kann hier nur ein erster Schritt sein (BMI, 2022), welcher insbesondere hinsichtlich der Forderung nach mehr Partizipation mit Leben zu füllen ist.

Krisenmanagement als Wertfrage

Literatur

- Ammicht Quinn, R. (2014). Sicherheitsethik: Eine Einführung. In R. Ammicht Quinn (Hrsg.), *Studien zur Inneren Sicherheit: Bd. 16. Sicherheitsethik* (S. 15–47). Springer VS.
- Anonymus (2006). Vulnerable Populations: Who are They. *American Journal of Managed Care*, 12(13), 348–352. <http://www.ajmc.com/publications/supplement/2006/2006-11-vol12-n13suppl/nov06-2390ps348-s352>.
- Baumann, M., Lorenz, A. & Rosenow, K. (2011). Linking Immigration Policies and Migrants' Journeys: An Interdisciplinary Endeavor. In M. Baumann, A. Lorenz & K. Rosenow (Hrsg.), *Crossing and Controlling Borders* (S. 9–20).
- Bayerische Staatsregierung (Hrsg.). (2020, 16. März). *Pressemittellungen: Corona-Pandemie / Bayern ruft den Katastrophenfall aus / Veranstaltungsverbote und Betriebsuntersagungen*. <https://www.bayern.de/corona-pandemie-bayern-ruft-den-katastrophenfall-aus-veranstaltungsverbote-und-betriebsuntersagungen/>.
- Bayertz, K. (2004). Zur Selbstaufklärung der Angewandten Ethik. In H. Friesen & K. Berr (Hrsg.), *Praktische Philosophie kontrovers: Bd. 2. Angewandte Ethik im Spannungsfeld von Begründung und Anwendung* (S. 51–73). Lang.
- BBK. (2019). *Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen*.
- BBK & BSI. (06.2021). *Kritische Infrastrukturen - Sektoren- und Brancheneinteilung: Stand Juli 2021*. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/KRITIS/kritis-sektoren-brancheneinteilung.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Bernau, P. (1. August 2020). Der Staat behindert die Corona-App: Kommentar. *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-corona-app-hat-zu-viel-datenschutz-doch-der-ist-noetig-16886030.html>.
- Bigo, D. (2008). Security: A Field Left Fallow. In M. Dillon & A. W. Neal (Hrsg.), *Foucault on Politics, Security and War* (S. 93–114). Palgrave Macmillan.
- Birkmann, J. (2008). Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. *Raumforschung und Raumordnung*, 66(1), 5–22. <https://doi.org/10.1007/BF03184043>.
- BMI. (2022). *Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen*. Berlin.
- Boin, A. & Hart, P. ' (2007). The Crisis Approach. In H. Rodríguez, E. L. Quarantelli & R. R. Dynes (Hrsg.), *Handbooks of sociology and social research. Handbook of disaster research* (S. 42–54). Springer.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.). (2012). *Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012: Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode*. Drucksache 17/12051.
- Deutscher Ethikrat (Hrsg.). (2021). *Ethische Orientierung zur Frage einer allgemeinen gesetzlichen Impfpflicht: Ad-Hoc-Empfehlung*. Berlin.
- Deutscher Ethikrat (Hrsg.). (2022, 28. November). *Pandemie und psychische Gesundheit: Aufmerksamkeit, Beistand und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen Krisen*. Ad-Hoc-Empfehlung. Berlin.
- Dombrowsky, W. R. & Brauner, C. (1996). *Defizite der Katastrophenvorsorge in Industriegesellschaften am Beispiel Deutschlands. Untersuchungen und Empfehlungen zu methodischen und inhaltlichen Grundsatzfragen.: Gutachten im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e.V. (Langfassung)* (Deutsche IDNDR-Reihe 3b). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/FIS/Downloads/Informationsangebot/Downloads/KritischeInfrastrukturen/Downloads/Projekte/KatastrophenschutzGutachtenNotfallseelsorge.pdf?__blob=publicationFile.

Krisenmanagement als Wertfrage

- Fainstein, S. (2015). Resilience and Justice. *International Journal of Urban and Regional Research*, 39(1), 157–167. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12186>.
- Gabel, F. (2019). Chancen dynamischer Konzeptionen von Vulnerabilität für den Katastrophenschutz. In M. Krüger & M. Max (Hrsg.), *Gesellschaft der Unterschiede: Bd. 46. Resilienz im Katastrophenfall: Konzepte zur Stärkung von Pflege- und Hilfsbedürftigen im Bevölkerungsschutz* (1. Aufl., S. 77–96). transcript.
- Gabel, F., Krüger, M., Morsut, C. & Kuran, C. H. A. (2022). *Bridging the Gap between Vulnerable Groups and Vulnerable Situations: Towards an Integrative Perspective New Assessment on Vulnerability for Disaster Risk Reduction: Contributing Paper for Global Assessment Report on Disaster Risk Reduction 2022*. Genf. <https://www.undrr.org/publication/bridging-gap-between-vulnerable-groups-and-vulnerable-situations-towards-integrative>.
- Gabel, F., Mühleck, M., Krause, K., Schad, J. & Rekowski, M. (im Erscheinen). *Ethische Reflexion im Bevölkerungsschutz: Leitfaden für eine ethisch reflektierte Entscheidungsfindung im Sanitäts- und Betreuungsdienst*, Hrsg. v. BBK.
- Geenen, E. M. (2010). *Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophenmanagements in multikulturellen Gesellschaften. Forschung im Bevölkerungsschutz: Bd. 11*. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- Gross, B. & Weichselgartner, J. (2015). Modernes Risikomanagement: Zwischen Robustheit und Resilienz. *BBK: Bevölkerungsschutz – Naturgefahren* (1), 12–17.
- Guyer, M. (2019). *Folgen des globalen Klimawandels für Deutschland: Erster Teilbericht: Die Wirkungsketten in der Übersicht*. 20/2019.
- Horn, E. (2010). Enden der Menschen: Globale Katastrophen als biopolitische Fantasie. In R. Sorg & S. B. Würffel (Hrsg.), *Utopie und Apokalypse in der Moderne* (S. 101–118). Fink.
- Hummel, T. (23. März 2022). Die Debatten, die Deutschland in Energiefragen führt, sind absurd. *Süddeutsche.de*. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/energie-wende-deutschland-kommentar-1.5553078>.
- Kahlweit, C. & Pfaff, I. (31. Dezember 2022). Das Dilemma des Roten Kreuzes. *Süddeutsche.de*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-rotes-kreuz-russland-1.5557232?reduced=true>.
- Kailes, J. I. (2015). If people would just prepare! In I. Kelman & L. M. Stough (Hrsg.), *Disability and disaster: Explorations and exchanges* (S. 97–109). Palgrave Macmillan.
- Karutz, H. (16. Februar 2022). Bildungseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur zählen. *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/warum-schulen-als-kritische-infrastruktur-gelten-sollten-17811150.html>.
- Koch, H. (2014). Freiheit und Sicherheit. In R. Ammicht Quinn (Hrsg.), *Studien zur Inneren Sicherheit: Bd. 16. Sicherheitsethik* (S. 135–144). Springer VS.
- Krause, K. & Wezel, K. (2022). Sicherheit wovon und für wen? Sicherheit in der Pandemie. In *Studien zur Inneren Sicherheit. Politik zwischen Macht und Ohnmacht: Zum politischen Umgang mit der Corona-Pandemie in Deutschland* (S. 363–394). Springer VS.
- Krüger, M. (2019a). Building Instead of Imposing Resilience: Revisiting the Relationship Between Resilience and the State. *International Political Sociology*, 13(1), 53–67. <https://doi.org/10.1093/ips/oly025>.
- Krüger, M. (2019b). Resilienz: Zwischen staatlicher Forderung und gesellschaftlicher Förderung. In M. Krüger & M. Max (Hrsg.), *Gesellschaft der Unterschiede: Bd. 46. Resilienz im Katastrophenfall: Konzepte zur Stärkung von Pflege- und Hilfsbedürftigen im Bevölkerungsschutz* (1. Aufl., S. 57–76). transcript.
- Krüger, M. & Albris, K. (2021). Resilience unwanted: Between control and cooperation in disaster response. *Security Dialogue*, 52(4), 343–360. <https://doi.org/10.1177/0967010620952606>.

Krisenmanagement als Wertfrage

- Krüger, M. & Gabel, F. (2022). From Lisbon to Sendai: Responsibilities in International Disaster Management. In H. Hansen-Magnusson & A. Vetterlein (Hrsg.), *Routledge handbooks. The Routledge handbook on responsibility in international relations* (S. 203–216). Routledge Taylor & Francis Group.
- Kuran, C. H. A., Morsut, C., Kruke, B. I., Krüger, M., Segnestam, L., Orru, K., Nævestad, T. O., Airola, M., Keränen, J., Gabel, F., Hansson, S. & Torpan, S. (2020). Vulnerability and vulnerable groups from an intersectionality perspective. *International Journal of Disaster Risk Reduction*, 50, 101826. <https://doi.org/10.1016/j.ijdrr.2020.101826>
- linus. (2020, 6. April). 10 Prüfsteine für die Beurteilung von „Contact Tracing“-Apps. <https://www.ccc.de/de/updates/2020/contact-tracing-requirements>.
- Mannino, A. (2021). *Wen rette ich - und wenn ja, wie viele? Über Triage und Verteilungsgerechtigkeit. (Was bedeutet das alles?): Nr. 14068*. Reclam.
- Markert, R. T. (2021, 4. Juli). *Werbung für das Ehrenamt: Katastrophenschutz in Not?* <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/katastrophenschutz-ehrenamt-werbung-100.html>.
- McDonald, M. (2016). Whose security? Ethics and the referent. In J. Nyman & A. Burke (Hrsg.), *Routledge critical security studies series. Ethical security studies: A new research agenda* (1. Aufl., S. 32–45). Routledge Taylor & Francis Group.
- Mukerji, N. & Mannino, A. (2020). *Covid-19: Was in der Krise zählt: Über Philosophie in Echtzeit. Reclams Universal-Bibliothek*.
- Orru, K., Hansson, S., Gabel, F., Tamppuu, P., Krüger, M., Savadori, L., Meyer, S. F., Torpan, S., Jukarainen, P., Schieffeler, A., Lovasz, G. & Rhinard, M. (2022). Approaches to ‘vulnerability’ in eight European disaster management systems. *Disasters*, 46(3), 742–767. <https://doi.org/10.1111/disa.12481>.
- Pieper, A. (2007). *Einführung in die Ethik. UTB für Wissenschaft Uni-Taschenbücher Philosophie: Bd. 1637*. A. Francke Verlag.
- Pohlmann, K. (2015). *Prioritätensetzung im Katastrophenschutz*. In H.-J. Lange & C. Gusy (Hrsg.), *Kooperation im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz* (S. 213–287). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Rosoff, P. M. (2015). In defense of (some) altered standards of care for Ebola infections in developed countries. *HEC forum: an interdisciplinary journal on hospitals’ ethical and legal issues*, 27(1), 1–9.
- Schulze, K., Lorenz, D. F. & Wenzel, B. (2015). Verhalten der Bevölkerung in Katastrophen: Potenziell hilfsbereit. *Notfallvorsorge*, 2015(01), 21–28. Fachredaktion, WALHALLA
- Sticher, B. & Ohder, C. (2013). Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement. *SIK-Journal - Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (2/2013), 81–93.
- Tierney, K. J. (2019). *Disasters: A Sociological Approach*. Polity Press.
- UN. (2020). *The Sustainable Development Goals Report 2020*. United Nations publication.
- UN-ISDR. (2015). *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030*. http://www.unisdr.org/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf.
- Villa, P.-I. (2020). Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant? *Leviathan*, 48(3), 433–450. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-3-433>
- Wæver, O. (1995). *Securitization and Desecuritization*. In R. D. Lipschutz (Hrsg.), *New directions in world politics. On security* (S. 46–86). Columbia University Press.
- Waldschmidt, A. (2005). Behindertenpolitik im Spannungsverhältnis zwischen Normierung und Normalisierung. In S. Graumann & K. Grüber (Hrsg.), *Friedrichshainer Kolloquium: Bd. 2. Anerkennung, Ethik und Behinderung: Beiträge aus dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft* (S. 175–194). Lit-Verl.

Krisenmanagement als Wertfrage

Wiesing, U. (Hrsg.). (2012). *Reclams Universal-Bibliothek: Nr. 18963. Ethik in der Medizin: Ein Studienbuch* (4. Aufl.). Reclam.

Wisner, B., Blaikie, P., Cannon, T. & Davis, I. (2004). *At risk: Natural hazards, people's vulnerability and disasters* (2. ed.). Routledge.

Zur weiteren Vertiefung

- ▶ Ammicht Quinn, R. (Hrsg.). (2014). *Studien zur Inneren Sicherheit: Bd. 16. Sicherheitsethik*. Springer VS.
- ▶ Horn, E. (2014). *Zukunft als Katastrophe*. Frankfurt am Main: Fischer.
- ▶ Zack, N. (2011). *Ethics for disaster*. First paperback edition. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, Inc (Studies in social, political, and legal philosophy).

Mediathek



SWR Wissen (Videobeitrag). *Krisenvorsorge: Sind Katastrophen planbar?*



NDR. *Der Tatortreiniger*, Staffel 4, Folge 3, *Damit muss man rechnen*.

Inhalt

Vorwort	9
<i>Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner</i>	
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages	11
I. Expertisen zum Schwerpunktthema	
<i>Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen</i>	
Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive	19
<i>Pia-Johanna Schweizer</i>	
Systemische Risiken	39
<i>Harald Dreßing</i>	
Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen	57
<i>Donya Gilan, Isabella Helmreich</i>	
Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme	73
<i>Jan-Philip Maaß-Emden</i>	
Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit	91
<i>Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick</i>	
Krisen und Krisenverarbeitung	113
<i>Friedrich Gabel</i>	
Krisenmanagement als Wertfrage	131
<i>Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino</i>	
Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive	149
<i>Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer</i>	
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen	169

<i>Holger Floeting</i>	
Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise	185
<i>Tim Lukas, Bo Tackenberg</i>	
Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen	203
II. Vorträge	
<i>André Biermann</i>	
Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation	231
<i>Cathleen Bochmann</i>	
Kommunale Dialoge in Krisenzeiten	247
<i>Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit</i>	
Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention	259
<i>Dunya Elemenler</i>	
Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit	271
<i>Dieter Hermann</i>	
Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims	279
<i>Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu</i>	
Was tun gegen Hass und Hetze?	289
<i>Leo Keidel</i>	
Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit	305
<i>Stefan Lenz</i>	
Über die Jugend und andere Krankheiten	315
<i>Jule Franziska Leisner</i>	
Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmmythen	327
<i>Marina Martin</i>	
Armut macht krank, Krankheit macht arm	335

Andreas Mayer Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht	345
Lawrence Schätzle, Felix Munger Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken	355
Johanna Friedrich, Magdalena Ortner Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin	369
Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum	377
Ute Scholpp, Carsten Wanzel Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	391
Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden!	397
Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement	405
Tanja Kramper, Angelika Treibel Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene	417
Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse	429
Katharina Wabnitz Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung	437
Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+	451

Christoph Weller

Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure?

459

III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
28. Deutschen Präventionstages

469

Merle Werner

Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages

503

IV. Autor*innen

535